

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Blatt erscheint an jedem Freitag Monats-Genossenschaft...
Abonnement: 1.00 RM. Einzelhefte 1.00 RM.
Werbung: 20% Rabatt. Druck: 10% Rabatt.

Auslieferung: Der Abonnent ist für die ihm zu sendende...
Anzeigen: 1.00 RM. pro Zeile. 10% Rabatt.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Altha, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa.
Notationsdruck und Verlag: C. G. Koberg (Inh. Ernst Koberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: J. B.: Th. Baare, zurzeit in Frankenberg.

Nr. 152 Sonnabend den 2. Juli 1927 nachmittags 86. Jahrgang

Kurzer Tagespiegel

Der Reichstag hat in seiner gestrigen Sitzung bei der Beratung der Gesetzentwürfe über die Zolländerungen, die von der Reichsregierung vorgeschlagen Erhöhung des Kartoffel- und Zuckersolles abgelehnt.
Der Reichstag hat mit großer Mehrheit die Aufwertungsnovelle angenommen.
Reichsminister Dr. Marx hielt aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Reichspostamtes eine Rede.
Die Tagung der internationalen Handwerkskammern in Stockholm ist geschlossen worden.
Das tschechoslowakische Abgeordnetenhaus hat unter großem Tumult der Oppositionsparteien das Gesetz über die Verwaltungsgesetzreform angenommen.
Im tschechisch-polnischen Konflikt ist eine neue Verschärfung eingetreten.
In der französischen Kammer hat gestern nachmittags die große Wahlrechtsreformdebatte begonnen.
Die abenteuerliche Fahrt des Oceanfliegers Byrd hat in Neuport die größte Wasserversorgung ausgelöst. Byrd gab Pressevertretern gegenüber eine erste Darstellung seines Vliegsfluges.
Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat Oslo wieder verlassen und die Rückreise nach Berlin angetreten.

Die Richtlinien der Wahlreform

(Von unserem Berliner Vertreter.)
Berlin, 2. Juli.
Die Wahlreform, die das Reichsministerium des Innern bereits seit geraumer Zeit beschäftigt, liegt zwar noch immer nicht endgültig vor, doch wird wir in der Lage, schon heute Mitteilungen über die Tendenz dieser Reform zu machen. Die Änderungen, die sie bringen wird, haben einmal das Bestreben, das Aufkommen der kleinen Splitterparteien zu vermeiden, da man an zuständiger Stelle mit vollem Recht der Ansicht ist, daß es gerade den demokratischen Grundgedanken widerspricht, daß die Splitterparteien durch das Stärkeverhältnis der übrigen Parteien ausschlaggebende Bedeutung erlangen, und eine Gruppe, die zwei bis drei Abgeordnete umfaßt, zum Zünglein an der Waage wird und das Schicksal einer Regierung in der Hand hat. Bekanntlich haben bereits mehrere Länder, darunter auch Sachsen, versucht, dem Umwandel der kleinen Parteien dadurch entgegenzutreten, daß sie die Hinterlegung einer Kaution verlangt haben, die verfallen ist, wenn es der betreffenden Partei nicht gelingt, zumindest einen Abgeordneten durchzubringen. Anderswo hat man die Zulassung ihrer Listen davon abhängig gemacht, daß sie von 1000 Wahlberechtigten unterschrieben wären. Doch hat man mit Recht gegen diese Methode den Einwand erhoben, daß sie praktisch auf eine Verkürzung des Wahlgebietes hinausläufe. Auch von dem Verfahren des Kautionzwanges verspricht man sich an zuständiger Stelle wenig Erfolg, da er doch nur auf die Parteien abzielend wirkt, die nicht die bestimmte Kaution haben, während einen Abgeordneten durchzubringen.
Aus diesem Grunde besteht vor allem die Meinung, in der Wahlreform das starke Listenverfahren aufzugeben und das ganze Reich wieder in kleinere Wahlkreise einzuteilen, in denen, wie früher üblich, je ein Abgeordneter gewählt werden würde. Die ausfallenden Stimmen sollen jedoch im Gegensatz zu früher, wo sie völlig unter den Tisch fielen, nach einem noch näher zu bestimmenden Verhältnis auf eine Reichsliste verrechnet werden. Gleichmäßig würde dieses System, das wieder die Persönlichkeit anstelle der Partei mehr in den Vordergrund treten lassen würde, außerdem noch den Vorzug haben, daß die Zahl der Abgeordneten nicht unwesentlich herabgesetzt werden könnte, und daß solches Wahlverfahren selbstverständlich das völlige Verschwinden der kleinen Splitterparteien bedeuten würde. Eine andere Änderung, die die Wahlreform mit sich bringen wird, ist die Beibehaltung des Wahlalters. Die von einigen Seiten angeregte Herabsetzung der Altersgrenze auf 18 Jahre wird, wie wir zuverlässig hören, als unzulässig aus dem Grunde vom Reichsministerium des Innern überhaupt nicht in Betracht gebracht werden. Vielmehr hält man es für wahrscheinlich, daß man sich, wie es ja auch der Fall

Kampf gegen Moskau

Große Reinigung in Norwegen
Kopenhagen, 1. 7. Nachdem die norwegischen Kommunisten die Matrosen des in Oslo liegenden englischen Geschwaders zum Meutern und zur Ermordung ihrer Offiziere aufgefordert hatten, ließ heute der norwegische Justizminister das Vereinshaus der Kommunisten besetzen, den Vorsitzenden der kommunistischen Partei, sowie den Redakteur des kommunistischen Blattes und seinen Redaktionssekretär verhaften. Das Haus bleibt vorläufig polizeilich besetzt. Die Polizei beschlagnahmte verschiedene Dokumente und Broschüren wie anderes belastendes Material. Auf alle mögliche Weise sollen die Kommunisten Ostos vertrieben werden, die englischen Matrosen, etwa 3000 Mann, zum Verlassen der Kreuzer und Torpedoboote, sowie zu Sabotageakten zu verleiten. Bis Mitternacht waren bereits 210 Kommunisten verhaftet. Darunter 50 Sowjetrussen. In Oslo herrscht größte Erregung. In den Wohnungen der Verhafteten finden Hausdurchsuchungen statt. Die heutige Nummer des kommunistischen Blattes ist unter Vorzensur gestellt. Die Polizei, die in Stärke von 25 Mann im kommunistischen Haus erschien, erbrach mehrere Schränke, da die Redaktionsmitarbeiter sich weigerten, freiwillig die Schränke zu öffnen. Kurz vorher gelang es einigen Kommunisten, sich mit wichtigen Dokumenten in Sicherheit zu bringen. Der britische Gesandte in Oslo soll bei der norwegischen Regierung sehr energische Vorstellungen erhoben und verlangt haben, daß dem heftigen Treiben der norwegischen Kommunisten eine Ende gemacht werde.
Berhaftung von Sowjetpionieren
London, 1. 7. „Daily Telegraph“ meldet aus Helsingfors: In Wiborg wurden 8 russische Studenten verhaftet, die im Besitz von Dynamit und anderen Sprengstoffen waren. Man mutmaßt den Versuch eines Attentats auf die im Helsingforsker Hafen liegenden Kriegsschiffe.
Der Terror in höchster Blüte
Paris, 1. 7. Der „Matin“ läßt sich von seinem Moskauer Korrespondenten berichten, daß Sowjetrussen bereits um seine Erziehung kämpfte. Das lasse alles Unüberlegte und Heroische der letzten Zeit erkennen. Auch Teile der Tscheka seien nicht unberührt geblieben, wie die Verhaftung von 38 Tschekabeamteten in Gorkow beweise. Allgemein bestehe die Furcht, daß die Sowjetregierung ihren drohenden Untergang mit einem Meer von Blut verbinden wolle. In Moskau nennen selbst die „Pravda“ und die „Iswestija“ die Zahl der politischen Gefangenen, die ihrer Aburteilung entgegenstehen, mit 2-3000.
Die „Morning Post“ meldet aus Moskau: Die Nacht zum Mittwoch hat in Moskau Stun-

Verhaftungen in Rom

Zürich, 1. 7. Mailänder Blätter melden aus Rom, auch dort sei es zur Verhaftung von russischen Kommunisten gekommen. Vorläufig bewachte man Stillschweigen, doch deutet der „Corriere della Sera“ an, daß es sich um Spionage in den italienischen Munitionskanälen handele. Die Beziehungen Italiens zu Moskau, schreibt der „Corriere della Sera“, würden ganz davon abhängen, ob Sowjetrussen sich von Spionage und kommunistischer Propaganda fernhalte. Italien werde in anderen Fällen eine Antwort geben, gegen die Englands Verhalten milde und rücklichtsvoll erscheinen müsse.

England sperri die Kredite

London, 1. 7. Die „Times“ melden: Sämtliche britischen Kolonien haben die Beschlagnahme der russischen Guthaben ausgesprochen. Die Sowjet-Handelsagentur in Melbourne ist zwangsweise aufgehoben.

Erneute Zuspitzung der russisch-polnischen Beziehungen

Riga, 1. 7. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die Sowjetregierung dem polnischen Gesandten Patek, der wegen der Erziehung der Polen Wismarswerter intercomerte, die Erklärung abgegeben, daß sie weitere Erklärungen zur Zeit nicht beabsichtigt. Die polnische Regierung verlangt eine Erklärung über die letzten Erklärungen von Polen in Rußland. Gegenwärtig befinden sich 12-15 polnische Bürger in russischen Gefängnissen. Für den Fall, daß die weitere Unsicherheit fortbesteht, sollen die polnischen Bürger die Sowjetunion verlassen. Wie verlautet, beabsichtigt die französische Regierung, zwischen Moskau und Warschau in der Angelegenheit zu vermitteln. Man glaubt aber nicht, daß dieser Schritt viel Erfolg haben wird. Die Sowjetregierung zögert in der letzten Zeit mit Bestellungen an die polnische Industrie. Die „Iswestija“ verzeichnet, daß die amerikanische Anleihe für Polen infolge der zugespitzten russisch-polnischen Beziehungen gescheitert ist.

Minister Dr. Rals vorgeschlagen hat, auf ein Wahlalter von 21 Jahren einigen wird.

Die Ausföhrungen einer Wahlreform, ganz gleich, wie sie im einzelnen ausföhrt, werden an zuständiger Stelle keineswegs günstig beurteilt. Man muß bedenken, daß auch die geringfügigste Änderung des jetzt geltenden Wahlalters verfassungsmäßig einen Charakter trägt, und also nur von einer Zweidrittelmehrheit beschlossen werden kann. Hinzu kommt, daß erfahrungsgemäß jedes Parlament eine natürliche Abneigung hat, an dem Wahlrecht etwas zu ändern, nachdem es selber gewählt ist. Es ist selbstverständlich, daß das Reichsministerium des Innern zunächst, sobald die Vorlage fertiggestellt ist, was aber unseren Informationen nach, in der nächsten Zeit noch nicht der Fall sein wird, mit den Parteiföhren Rücksprache nehmen muß, um die parlamentarische Basis für die Verhandlungen im Ausschuß und im Reichstagsplenum zu schaffen. Man sieht daher im Reichsministerium des Innern der Ansicht, daß der jetzige Reichstag noch die Wahlreform verabschieden wird, bisher recht skeptisch gegenüber.

Der neue Posttarif

(Eigener Informationsdienst.)
Berlin, 2. Juli.
Das Reichspostministerium hält sich nach wie vor über die neue Vorlage über die Tarifserhöhung, die augenblicklich im Ministerium ausgearbeitet wird, in tiefstem Schweigen. Wie wir

Stresemanns Abreise von Oslo

Oslo, 1. 7. Gestern abend veranlaßte die deutsche Kolonie einen gut gelungenen Herrenabend im Beisein der Kaufmannschaft. Nach herzlicher Begrüßung durch den Präsidenten richtete Dr. Stresemann eine mit Begeisterung aufgenommenen kurze Ansprache an die Anwesenden. Heute mittag 2 Uhr fand ein Abschiedsfrühstück statt, an dem außer Dr. Stresemann auch Friedrich Kahlen, der Störchingpräsident sowie Emanuel Nobel, der Vorsitzende und Sekretär des Nobelkomitees, die Damen und Herren der Gesandtschaft und zwei Vertreter der deutschen Kolonie teilnahmen. Bei der Abreise Stresemanns waren zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten zugegen.

Reichsbankpräsident Schacht in Neuport

Neuport, 2. 7. (Hunsprach.) Reichsbankpräsident Schacht, Montagu Norman, Benjamin Strong und Charles Pitt konferierten erstmalig. Der diesjährigen Besprechung wird große Bedeutung beigegeben. „World“ will wissen, daß folgende Probleme beraten werden:
Nähere Untersuchung der Frage einer Dowerplattentrolle, Abnennabdruckung, wobei England Deutschland unterstützen würde, vorausgesetzt, daß Deutschland weiterhin bei der russischen Forderung bleibt und zum Schluß eine amerikanische Kredithilfe für Frankreich.

Eine christlich-soziale Arbeitsgemeinschaft

(Eigener Informationsdienst.)
Berlin, den 2. Juli
Wie wir erfahren, haben sich mehrere deutsch-nationale Abgeordnete zu einer christlich-sozialen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. In deren Informationsdienst sollen die Mitglieder zu dieser Gruppe außer den Reichsministern v. Reubell und Aach, die Reichstagsabgeordneten Frau Dr. Behm, die bekannte Vorkämpferin der Heimarbeitlerinnen v. Lindelner-Wildau, Trevisanus, Rippel und Baumach, einer der Führer des D. G. B., also außer den Vertrauensleuten der christlich-nationalen Gewerkschaften durchweg die Vertreter der sogenannten „Jungen Richtung“ innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei. Als Führer dieser Richtung gilt der Abgeordnete v. Lindelner-Wildau, den eine ausländische Zeitung kürzlich den „Atomring der Deutschnationalen“ genannt hat. Wie wir weiter hören, ist der äußere Anlaß zu diesem Zusammenstoß das bevorstehende fünfzigjährige Jubiläum der früheren christlich-sozialen Partei. Es ist nicht beabsichtigt, etwa eine neue Partei zu gründen, vielmehr soll diese Gruppe ein Gegengewicht gegen den Einfluß sozialistischer Kreise bilden, der sich in letzter Zeit häßlich bemerkbar gemacht hat.

Tschitscherin über die russische Außenpolitik

London, 2. 7. (Hunsprach.) „Daily Express“ veröffentlicht heute ein Interview ihres Moskauer Sonderkorrespondenten mit dem sowjetrussischen Außenminister Tschitscherin. Die Sowjetregierung, so erklärte Tschitscherin, mache keine antienglische Propaganda. (??) Die diplomatischen Kurieren Sowjetrusslands dienten keiner kommunistischen Parteipropaganda. Weiter erklärte Tschitscherin, daß Rußland seit dem Abbruch der Beziehungen seinen früheren Handel mit Großbritannien zwischen Deutschland, Italien, Frankreich, Schweden und den Vereinigten Staaten aufgestellt habe. Er bestritt, daß die britische Bourgeoisie Polen gegen Rußland aufbeben werde. Die gegenwärtige Spannung zwischen Polen und Rußland sei nicht ernst. Rußland habe keinerlei feindselige Absichten gegen Polen.

Der Reichsrat lehnt die Erhöhung der Kartoffel- und Zuckersölle ab

Berlin, 1. 7. Bei der heutigen Beratung des Reichsrats über die Zolländerungen führte der Berichterstatter der Ausschüsse, Ministerialdirektor Dr. Sommer, über den Inhalt der Vorlage aus:
Die Gültigkeit der landwirtschaftlichen Zölle der Novelle von 1925 für Weizen, Roggen, Spelz, Hafer und Mais sowie für Schweinefleisch und Schmalz und außerdem für Mehl in Höhe von 12,50 RM. sollen nach der Vorlage um zwei Jahre verlängert werden. Abänderungen seien insofern vorzulegen, als der Zoll für frisches Schweinefleisch auf 32 RM. erhöht und der auf frische Kartoffeln für die Zeit vom 1. August